DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart

Bitte ausfüllen und in einem Fensterumschlag verschicken.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Die DFG-VK ist (bereits 1892 in Berlin gegründet) heute eine der großen pazifistischen Friedensorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Mitglieder der DFG-VK sind bundesweit in Landesverbänden und regionalen Gruppen aktiv.

Der Pazifismus der DFG-VK verlangt dauerhaftes politisches Handeln. Unser Ziel, Bedingungen für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung zu schaffen, bedeutet:

- Das Organisieren wirksamer Proteste und gewaltfreien Widerstands gegen Kriege und die deutsche Kriegsbeteiligung.
- Das öffentlichkeitswirksame Propagieren von Abrüstung mit dem Ziel der völligen Entmilitarisierung.
- Die Durchführung und Unterstützung von Aktivitäten gegen Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr sowie die Förderung von antimilitaristischem Bewusstsein mit dem Ziel der völligen Ächtung der Soldatentätigkeit. Wir fordern die Einführung von Zivilklauseln an Hochschulen und ein Auftrittsverbot der Bundeswehr an Schulen.
- Die aktive öffentliche Diskussion über die Aufgaben von SoldatInnen: das Töten im Krieg.
- Die internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel, Alternativen zu militärischen und Gewalt fördernden Strukturen zu entwickeln und durchzusetzen.
- Vor dem Hintergrund des ausgesetzten Militärdienstzwangs fordern wir alle SoldatInnen der Bundeswehr auf, den Dienst zu verweigern und zu beenden. Wir lehnen die sogenannte Wehrpflicht und staatliche Zwangsdienste ab und fordern ihre endgültige Abschaffung. Wir unterstützen KriegsdienstverweigererInnen weltweit.

Aus der Überzeugung, dass sich Mittel und Ziel entsprechen müssen, verfolgt die DFG-VK ihre politischen Ziele ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln; diese schließen die Verletzung und Tötung von Menschen aus und zielen auf die Konfliktlösung durch Dialog.

Gewaltfreie Methoden, wie z.B. verschiedene Formen der Verweigerung, ziviler Ungehorsam, direkte gewaltfreie Aktion, orientieren sich an der moralischen Legitimität der Ziele und Mittel, nicht an der formalen Legalität.

Diese Vielfalt unseres Handelns verstehen wir als Basis für unsere Wirksamkeit. Wir begrüßen insbesondere originelle und kreative Aktionsformen und Aussagen, haben Spaß daran, an einem Strang zu ziehen, und lernen voneinander.

Werde auch Du aktiv!

Werde Mitglied!

Um unsere Fähigkeiten und Kräfte zur Verwirklichung unserer Ziele zu bündeln und unseren persönlichen Einsatz politisch wirksamer werden zu lassen, haben wir uns organisiert. In der DFG-VK unterstützen wir uns gegenseitig in unserem alltäglichen Engagement gegen den Krieg und sind da solidarisch, wo unsere Mitglieder, aber auch Menschen außerhalb unseres Verbandes durch dieses Engagement von Repressionen betroffen sind.

Der politische Pazifismus, wie ihn die DFG-VK versteht, muss seine Unabhängigkeit gegenüber Regierungen und anderen Institutionen behaupten und bewahren. Wir sind in unserer Arbeit und unserer Finanzierung unabhängig von Kirchen, Gewerkschaften und Parteien. Gleichzeitig fühlen wir uns mit Menschen und Gruppen mit ähnlicher Zielsetzung hier und überall auf der Welt verbunden. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und eine menschenwürdige Zukunft.

Du kannst mitmachen! Melde Dich!

www.dfg-vk.de
youtube.com/dfgvk
facebook.com/dfgvk
instagram.com/die_friedensgesellschaft
twitter.com/dfgvk_bv

Aktionsmaterial im Webshop PAZIFIX
www.shop.dfg-vk.de

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX

V.i.S.d.P.: Michael Schulze von Glaßer, Politischer Geschäftsführer des DFG-VK-Bundesverbandes, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart

FREIHEIT STATT DIENSTPFLICHT

KEINE MILITÄRISCHEN UND ZIVILEN ZWANGSDIENSTE!

www.DFG-VK.de

1892
DFG-VK
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT – VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN

Die Wehrpflicht: Nicht abgeschafft, nur ausgesetzt!

2011 ist in Deutschland die sogenannte „Wehrpflicht“ ausgesetzt worden. Seitdem ist niemand mehr zu Musterungen, Gewissensprüfungen oder Ersatzdiensten gezwungen worden. Die AfD und Teile der CDU/CSU wünschen sich den früheren Zustand schon seit Jahren zurück. Seit Sommer 2018 häufen sich die Rufe nach Reaktivierung des alten Militärdienstzwangs und nach Einführung einer Dienstpflicht für alle jungen Menschen beiderlei Geschlechts.

Die Aussetzung der Wehrpflicht bedeutet, dass in Deutschland Männer laut dem nach wie vor gültigen Wehrpflichtgesetz weiterhin zum Kriegsdienst verpflichtet sind, dass aber zurzeit niemand zwangsweise gemustert oder einberufen wird.

Gemäß der derzeitigen Militärpolitik sollen Auslandseinsätze der Bundeswehr bis in den Pazifik ausgeweitet werden – und es wird auch wieder für Krieg in Europa gerüstet. Dafür werden Soldat*innen gebraucht. Der Bundeswehr fällt es aber schwer, ihre Rekrutierungsziele auch nur annähernd zu erreichen. Die Zwangsrekrutierung wurde bewusst nur ausgesetzt – und nicht abgeschafft – um sie schnell wieder in Kraft setzen zu können. Zur Reaktivierung genügt eine einfache Mehrheit des Bundestags oder die Verkündung des Spannungs- und Verteidigungsfalls.

Seit Anfang der 1990er Jahre hatten immer mehr Staaten in Europa aufgehört, junge Menschen ins Militär und zu Ersatzdiensten zu zwingen, da auf kleinere und effektivere Armeen gesetzt wurde – so durften etwa die Wehrpflichtigen der Bundeswehr nicht in Auslandseinsätze geschickt werden. 2014 kehrte sich dieser Trend um. Staaten wie Schweden haben die „Wehrpflicht“ reaktiviert, in anderen Staaten wird dies diskutiert. Von etwaigen Zwangsdiensten in Deutschland werden in Zukunft Frauen kaum verschont bleiben. Das zeigt die Entwicklung in Norwegen, Schweden und anderswo.

Was den „Freiwilligen Bundeswehrdienst im Heimatschutz“ anbetrifft, besteht eine große Ungerechtigkeit darin, dass Soldat*innen kostenlose Bahntickets erhalten, während Menschen, die freiwillig in der Pflege, Alten- oder Behindertenhilfe arbeiten, nicht mal ihr S-Bahn-Ticket ersetzt bekommen. Wer sich für die Gesellschaft engagieren will, braucht zudem keine sechsmonatige Grundausbildung zum Töten.

Was spricht gegen eine zivile Dienstpflicht?

Militär und „Heldentod fürs Vaterland“ sind nicht mehr gut angesehen. Deshalb wird die Forderung nach einem militärischen Zwangsdienst gerne verpackt in den Ruf nach einer allgemeinen Dienstpflicht, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken soll. Eine Dienstpflicht ist aber das Gegenteil von Freiheit und aktuell von der Verfassung und von internationalen Abkommen verboten.

Es stellt sich auch die Frage: Warum soll irgendein Mensch für seine Arbeit nicht adäquat bezahlt werden? Warum sollen ausgerechnet Jugendliche und junge Erwachsene fast unbezahlt und in Unfreiheit arbeiten?

Zudem bestehen nicht genug Stellen für diejenigen, die sich freiwillig im zivilen Bereich engagieren wollen: Fast hunderttausend junge Menschen, die sich 2019/20 für einen zivilen Freiwilligendienst bewarben, fanden keine Stelle dafür. Wer das Engagement von jungen Menschen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern möchte, sollte mehr Plätze und gezielte Ermutigungsprogramme schaffen, die nicht aus der bürgerlichen Mittelschicht stammen, und vor allem die Bezahlung aufstocken.

Gerade in der Pflege sollen nach Plänen der Dienstpflicht-Befürworter*innen wegen des Personalmangels Dienstpflichtige eingesetzt werden. Der Personalmangel ist aber ein Resultat der miserablen Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen. Billige Zwangsdienstleistende würden nur Arbeitsplätze gefährden und das Lohnniveau weiter sinken lassen. Den kranken Menschen, die auf eine qualifizierte Pflege warten, ist mit ungelernten Dienstverpflichteten nicht geholfen. Der angeblich „soziale“ Zwangsdienst wäre antisozial und volkswirtschaftlich unsinnig: An allen Enden fehlen Arbeitskräfte. Es wäre deshalb ein volkswirtschaftlicher Schaden, wenn sie Aufgaben erledigen müssten, die sie sich freiwillig nie ausgesucht hätten.

Für Frieden, Freiheit und Menschenrechte!

Zwangsdienst ist eine totalitäre Idee. Wer gesellschaftlichen Zusammenhalt per Zwang schaffen will, begibt sich in gefährliche Nähe zu diktatorischen Vorgehensweisen. Zwangsdienste erziehen zur Unmündigkeit, Unterordnung und passen nicht zur Demokratie und zu einer Gesellschaft, in der freiheitliche, tolerante und soziale Menschen miteinander leben sollen. Zudem ist es problematisch, dass alte Männer und Frauen junge Menschen in ein Pflichtjahr (oder womöglich sogar in einen Krieg) beordern, an dem sie selbst aus guten Gründen nicht teilzunehmen bereit sind.

Jede Zwangsrekrutierung ist eine Menschenrechtsverletzung und ein Akt der Gewalt. Dazu gehören Freiheitsberaubung und Aufhebung der Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, aber auch entwürdigende Musterungen, Gewissensprüfungen, juristische und politische Verfolgung von Verweigerung, Zerstörung von Lebens- und Berufswegen. In der Praxis führt Zwangsrekrutierung sehr häufig zu Verletzungen, Verstümmelungen, Traumata und letztendlich auch zum Tod.

Die Bundeswehr gebärdet sich als Verteidigungsarmee. Doch das war sie nie. Denn jede Armee, die Menschen zwangsrekrutiert, greift diese Menschen an und ist ihnen gegenüber eine Angriffsarmee.

Aus friedenspolitischen und menschenrechtlichen Erwägungen lehnen wir Zwangsdienste entschieden ab! Jahrzehntelang wurden in Deutschland Menschen in Bundeswehr oder Zivildienst gezwungen, Kriegsdienstverweigerer mit entwürdigenden Gewissensprüfungen gequält, mit Gefängnis bedroht und manche in den Tod getrieben. Wer will, dass junge Menschen das nicht wieder erleben müssen, muss den Forderungen nach militärischen und zivilen Zwangsdiensten entgegentreten.

Vor allem junge Menschen, die Krieg und Zwangsdienste ablehnen, sollten als potenziell Betroffene schon jetzt deutlich machen, dass sie dafür nicht zur Verfügung stehen und Widerstand leisten werden.

Entzieht dem Militär deine Daten, damit sie dich nicht Rekrutieren können:

www.unter18nie.de/widerspruchs-tool/

Werdet aktiv für Frieden, Abrüstung und Freiheit sowie gegen Krieg, Militär und Zwangsdienste:

www.dfg-vk.de/mitglied-werden

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK).

Vorname:

Nachname:

Geburtsdatum:

PLZ, Ort:

Straße und Hausnr.:

Telefon:

E-Mail (für den Mitglieder-Newsletter):

Ort, Datum:

Unterschrift:

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag *(bitte ankreuzen)*

- ○ Stufe 6 – Förderbeitrag 29,00 Euro
- ○ Stufe 5 – Förderbeitrag 22,00 Euro
- ○ Stufe 4 – Förderbeitrag 15,00 Euro
- ○ Stufe 3 – Normalbeitrag 10,00 Euro
- ○ Stufe 2 – Ermäßigter Beitrag 5,00 Euro
- ○ Stufe 1 – Mindestbeitrag 2,00 Euro

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichen Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich _____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig _____ Euro.

Zahlungsrhythmus *(bitte ankreuzen)*

○ vierteljährlich ○ halbjährlich ○ jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK verarbeitet werden.

Unterschrift:

○ Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in:

IBAN:

BIC:

Datum:

Unterschrift:

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX

Weitere Informationen über die DFG-VK im Internet unter www.dfg-vk.de

1892 DFG-VK
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT – VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN